

Der Gemeindearbeiter

Organ des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter
und Straßenbahner Deutschlands.

Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage.
Durch die Post bezogen
jährlings 1,50.—

Geschäftsstelle, Köln, Bonn,
Düsseldorf & Frankfurt A. Saks
Postleitzettel Köln 18937

Nummer 23

Köln, den 12. November 1921

8. Jahrgang

Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen.

Seit September 1920 sind die Lebensmittelpreise im September 1921, nach den Indizes des Statistischen Reichsamts, um 100 vom Hundert gestiegen. In noch höheren Maße stiegen die Preise für Wäsche, Kleidung, Schuhe und sonstigen Bedarfsgüter. Unter diesen Umständen müssen die wirtschaftlichen Organisationen alles daran setzen, die Löhne dieser Steigerung der Preise in etwa anzupassen, insbesondere müssen sie im Laufe dieses Jubiläums und darüber darauf achten, daß nicht am unheilvollen Ende mit dem Abbau der Preise, mit den Löhnen, begonnen würde. Inzwischen und auch angesichts der weiteren Preissteigerungen die lauten Rufe nach Lohnabbau und Beiträumen gebracht wurden. Demgegenüber müssen die Gewerkschaften zum unheilvollen Gegenangriff übergehen.

Die weitere unerhörte Steigerung der Preise droht weite Arbeiter- und Angestelltenmächte nicht nur auf der sozialen Sturzlinie erheblich zurückzuwerfen, sondern auch in das richtige Lumpenproletariat umzustossen. Wir können an dieser Stelle nicht verzichten, ein aufrüttelndes Bild von der sozialen und sozialen Not und dem Ende zu zeichnen, in dem sich, infolge einer Tauerung, weite Volksteile heute befinden. Es ist unseren Kollegen aus eigener Erfahrung zur Kenntnis bekannt.

Hervorgehoben zu werden verdient, daß es erster Linie die wirklich produktiv tätigen, wertverzeugenden Kräfte sind, die unter der Zeit am härtesten zu leiden haben. Während der zur Zeit zum großen Teil überschüssige Handel, das Schieberium, der Geldhandel, das Finanzkapital ganz unzählig Gewinne einheimsen, leidet der wirklich arbeitende Teil des Volkes zum guten Ende hiltreiche Not. In Erwagung dieser Wirkung müssen daher die Gewerkschaften, vor dem Interesse der Volkswirtschaft, als ersten Organe sie heute geltend können, gegen jede Preissteigerung in rücksichtloser Weise durch Lohnsteigerungen zu bestreiten.

Die Erhaltung der volkswirtschaftlich so günstigen Kräfte zwinge sie geradezu zu einem Vorgelenken. Zu der Belastung, die sie und Friedensvertrag dem deutschen Volke auferlegt haben, haben bisher schon die Kräfte und Angestellten mehr wie ihrer Kräfte in Form der unerhörten Preise zu erfüllen und Verantwortung zu übernehmen. Sodass eine weitere Belastung entlastet werden muss.

Die Menschen aber, die sich nicht vor dem Leid bewahren zum Retten, in diesem

und Lassen lassen müssen wir uns aber sagen, daß mit Erhöhung der Nominallöhne allein, selbst wenn es gelingen sollte, sie in etwa der Steigerung der Preise anzupassen, uns nicht genügt ist. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns zur Genüge bewiesen, wie notwendig der Einfluß der Arbeitnehmer auf das gesamte, wirtschaftliche, soziale, aber auch politische Leben der Nation ist, um einerseits eine gerechte Verteilung der Errüttungen der Volkswirtschaft herbeizuführen und andererseits auch den Arbeitnehmern die Möglichkeit einer gezielten Anteilnahme an den kulturellen und geistigen Gütern der Nation zu ermöglichen.

In diesem einzigen Sahe ist der ganze Fragenkomplex aufgeworfen, dem sich eine moderne Gewerkschaftsbewegung heute genübergerichtet sieht.

Es kann nicht Aufgabe eines einzelnen Zeitungsentwurfs sein, alle drei Aufgaben und die Mittel zu ihrer Lösung einzeln auszuführen. Das Gebiet ist so verschieden geprägt, daß ganze Bücher darüber geschrieben sind. Die Erweiterung des Nutzungsgebietes der Gewerkschaft erfordert aber ganz andere Mittel wie eben. Anstatt nun aber auch ihr entsprechend der Geldentwertung — die sich in jedem Verbande genau so geltend macht, wie im Haushalte — weitere Mittel zur Verhüllung zu stellen, wird hier Sparmautheit am unheilvollen Ende zu üben versucht. Dem entgegenzutreten ist eine Aufgabe, der sich eine der Verantwortung bewusste Verbandsleitung nicht entziehen kann.

Der Streitgeldauschuss für Kinder beträgt in Beitragsklasse 2, 3, 4 und 5 pro Woche 4,50 M., in Beitragsklasse 6 und 7 pro Woche 6,— Mark.

Der Zentralvorstand unseres Verbandes hatte daher, im Einverständnis mit einer Bezirksleiterkonferenz beschlossen, den im Laufe der Monate Oktober und November stattfindenden Bezirkskonferenzen vorstehende Vorschläge für die Neuordnung der Beiträge und Unterstützungen zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Im folgenden sollen diese Vorschläge durch einige Zahlen und Tatsachen, die sich selbst sprechen, begründet werden. Die haupthäufigsten Ausgaben des Verbandes sind bei Deutschen um das 25. bis 30fache, das Konto um das 8. bis 12fache, die Gehälter der Verbandsangestellten um das 10fache, Fahrgeld und Speisen um das 10. bis 15fache, Bureauumleute und Versicherungen um das 15. bis 20fache gegenüber dem Friedensstande gestiegen. Der Beitrag dagegen weicht 1920 gegenüber 1913 nur eine Steigerung um das 8-fache, von 45 J. auf durchschnittlich rund 3.— M. auf. Das ist hieraus in notwendiger Weise ergebende Minus wurde zum Teil gehobt aus der sich durch Ausdehnung des Verbandes ergebenden verhältnismäßig billigeren Verwaltung und durch Richterhöhung der Unterstützungsrate, mit Ausnahme der Streitunterstützung. Auch der alte gewerkschaftliche Grundbahn, mindestens 10 Prozent der Bruttolvermögen dem Reserve-, bzw. Kampffonds zugeführt, konnte nicht immer berücksichtigt werden.

Mit dieser Zurückhaltung mußte aber endlich gebrochen werden. Die steigende Bedeutung der Kollegenschaft durch die Teuerung zwinge zu außergewöhnlichen Maßnahmen, die Teuerung durch Lohn erhöhungen auszugleichen, teilweise bei eventuell eingetretemem Rückgang der Preise den Lohnabbau vorläufig aufzuhalten. Dieses sozial durchaus berechtigte Bestreben wird vielfach auf harter Widerstand stoßen. Wir sind gewiß keine Freunde des sozialen Kampfes, aber wenn er uns aufgezwungen, oder wenn unsere Kollegen gegen ihren Willen hineingedrängt werden, müssen wir unter allen Umständen durchhalten können. Nicht darf ein eventuell ungenügender Kampffonds den Arbeitgebern Veranlassung sein, dies als bei Streitgefechten sich unzureichend zu erweisen. Wenn aber ein Kampf unvermeidlich ist, müssen auch die Mitglieder so unterrichtet werden, daß sie die allerwichtigste Pflicht wahrnehmen können. Gute, we-

		Beitrag p. Woche	Unterstützungen	
Gehälter p. Woche	Gehälter p. Woche		Gehälter p. Woche	
1.000,-	1.000,-	27.400,-	120	
1.125,-	1.125,-	42.90	130	
1.250,-	1.250,-	57.00	140	
1.375,-	1.375,-	72.00	150	
1.500,-	1.500,-	86.00	160	
1.625,-	1.625,-	101.00	170	
1.750,-	1.750,-	117.00	180	
1.875,-	1.875,-	132.00	190	
2.000,-	2.000,-		200	

die gegnerischen Organisationen infolge ihrer höheren Beiträge auch höhere Unterstützungen zahlen könnten, dürften in Zukunft nicht mehr vorkommen. Wenn auch durch Einführung der sozialen Einrichtungen in den meisten Tarifverträgen für die übergroße Mehrzahl der Mitglieder die Bedeutung der Gewerkschaftsunterstützung des Eidgenossen usw. zurückgedrängt worden ist, eine gewisse Verstärkung der Geldentwertung erschien mit Rücksicht auf Agitationsmöglichkeiten doch notwendig. Wir müssen unsere Kollegen und Kolleginnen als Mitglieder nun einmal nehmen, wie sie sind, und nicht wie sie als rechte Gewerkschaftler sein sollen. Zudem halte keine Gewerkschaft die Möglichkeit, auf Unorganisierte und Falschorganisierte erzieherisch einzutreten. Da bietet ein in etwa angebautes Unterstützungswehen doch die Möglichkeit, diese zu gewinnen und an den Verband zu leiten.

Die Einführung der neuen Sähe bedeutet eine unbillige Belastung der Mitglieder, auch nicht in voller Verstärkung der mittleren Lage, in der nur die Mehrheit derjenigen bestreitet. Durchweg gilt heute in der deutlichen Gewerkschaftsbewegung ein Beitrag in Höhe von 2 Prozent des Lohnes oder ungefähr eines Stundenlohnes, als Norm. Dieser Prozentsatz wird bei den Vorschlägen in keiner Stufe erreicht. Mit Aufsicht hat die Verbandsleitung so hoch nicht gesprochen, weil sie auf Grund der gemachten Erfahrungen mit Recht annahmen könnte, daß unser Verband nun doch nicht in der umstehenden Weise in wirtschaftliche Kämpfe gedrängt werden wird, wie die Verbände der Privatindustrie.

Auch im Vergleich zu den Beiträgen der gegnerischen Organisationen können die Vorschläge keine unbilligen genannt werden. Beide Seiten verfügen über die Gelden auf der rechten und die Kommunen und Universitäten auf der linken Seite aus. Keine der beiden sogenannten Vereinigungen kann als Gewerkschaftliche Gruppe gelten. Andere stehen werden. Ganz die beiden, die sich von jetzt jedem sozialen Jurisdikt in den Weg gestellt haben, noch die Antrittszeit, der ich gleich politische, napolitische Ziele beteiligen, können den Verbands erbringen durch ihre Arbeit gewerkschaftliche Erfüllung einzurichten zu haben und auf Grund deren auch einen angewiesenen Beitrag von ihren Mitgliedern fordern. Im Vergleich aber mit den neuen Beiträgen in Gemeinden und Staatsarbeiterverbände und dem Transportarbeiterverband bewegen sich unsere neuen Sähe auf der gleichen Linie. Es ist ein verzerrigter roter Fächer, wenn die eine oder andere Partei kurze versuchen sollte, durch niedrigere Sähe wie in den gegnerischen Verbänden Mitglieder zu gewinnen und zu halten. Derartige morsche Rolle am Baume der Gewerkschaft fallen doch bald wieder ab. Richtig ist daher, durch Erledigung eines offiziellen Beitrages ihr Interesse an dem Verband zu weden und sie zu lebendigen Frieden zu erhalten.

Im Takt der sozialen Entwicklung, die die vorjährige Erörterung der Beitragsfrage in die Befreiung, von geschlossener Spur der Kollaboration für ihre Verbundorganisationen die höchste darstellt. Der rote Fächer der Sähe ist der Wohlstand. Sicherlich nicht im Vergleich zu seinem Gegenstück zu stellen. Da muß um auch nach dieser

Sähe ein gerecht zu bleibend, festgelegt werden, daß der Viergenstag, den der Welttag vom Lohn ausmacht, auch bei den neuen Sähen noch etwas geringer sein wird, wie in diesem Frühjahr bei den alten Beiträgen, von dem Verhältnis zwischen Lohn und Verbondsbeitrag vor dem Kriege zu schätzen.

Doch voraus noch viele Worte. Unsere geschäftigen Mitglieder, die bisher Gelegenheit hatten an den Bezirksdelegiertentagen teilzunehmen, haben fast einstimmig beschlossen, sich in ihren Ortsgruppen für die vorgeschlagene Neuordnung einzusetzen. In Regensburg, wo die bayerischen, in Frankfurt die mitteldeutschen, in Köln die westdeutschen, in Essen die aus dem Industriegebiet stammenden Vertreter der Ortsgruppen versammelt waren, herrschte der einstimmige Wille, unseren Verband so leistungsfähig wie möglich zu gestalten. Wohl wurde vereinzelt vor unüberlegten Schritten gewarnt. Wohl wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Durchführung der neuen Beiträge, wenn die Genossen zurückbleiben würden, hier und wieder auf Widerstand stoßen würde. Einig aber war man sich allerorts in dem ernsthaften Vorhaben, aus der Geldentwertung auch für den Verband die notwendigen Schlüssefolgerungen zu ziehen.

Nachdem die Vertreter der meisten Ortsgruppen den gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung gegeben, hat der Hauptvorstand in seiner letzten Sitzung den Beschluss gefasst, vom 1. Januar 1922 ob die neuen Beiträge zu erheben. So steht der Zeit aber auch die erhöhte Unterstützungsphase in Bewegung zu bringen.

Gegen diese Art der Einführung wurden zunächst Bedenken laut. Säuhungsabsetzungen stehen nach dem uns selbst gegebenen Weise und dem Verbundstoge zu. Außerdem aber die Bezirkstagsdelegiertenversammlungen der notwendigen Reform ihre Zustimmung gegeben, die Konsequenz feinen Vorschub mehr erwarten konnte. Nunmehr der Zentralvorstand diesen Weg beschreiten zu müssen. Der nächste Verbandstag wird ohne jeden Zweifel seine nachträgliche Zustimmung zu dieser Reform geben.

Mehrere muß es Aufgabe der gesamten Ortsgruppenvorstände sein, die neuen Beiträge richtig zur Einführung zu bringen. Geringsol dieses wird der Verband um so eher in der Lage sein, den gelehrten Anforderungen im vollen Umfang Genüge zu leisten.

Steuerbelastung Öffentlicher Betriebe.

Am 19. Oktober beschäftigte sich der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates mit dem Antrage Henke, der die Aufhebung der Besteuertheit für die öffentlichen Betriebe fordert. Ziel der bevorstehenden wesentlichen Erörterung beharrte der Umlaufsteuer, bzw. der für diese Betriebe jedes Jahr ganz erbetene Betriebsteuer in Betracht. Von ganz großer Bedeutung ist die Wirtschaftlichkeit der Betriebe, um die Teilnahme an der Umlaufsteuer zu ermöglichen. Die Umlaufsteuer ist eine hohe Steuer, die die Betriebe in hohem Maße belastet. Der Verlust der Umlaufsteuer würde die Betriebe in einem solchen Maße belasten, daß sie nicht mehr in der Lage wären, die Kosten zu decken. Es ist daher erforderlich, die Umlaufsteuer zu beenden, um die Betriebe nicht zu belasten.

mit der Tarifpolitik an die Sache des Staates gerecht und zum Teil nicht wissen, was die Ausgaben ihre Bedeutung haben sollen.

Für die Arbeitnehmer und Angestellten erweckt aus dieser drohenden Belastung gewiß keine Vorteile, und die Gefahr, daß auf ihre Kosten bedient gebracht wird, ist in greifbare Nähe gerückt.

Aus diesem Grunde können wir dem gefassten Beschlüsse unserer Zustimmung nicht geben, da schon es das ehrliche Bestreben zeigt, in etwa entstehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Der Vertreter des Reichswirtschaftsrates berichtet für eine Ausdehnung des Steuerprincips im Interesse der Elektroindustrie, damit die augenblicklich durch kommunale und Kreis-Sonderpolitik verursachte Zerplitterung beseitigt würde. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums wies darauf hin, daß eine Steuer wie die Umsatzsteuer nur halbbar sei, wenn sie allgemein ohne Besteuerungen durchgeführt werde. Der finanzielle Notlage der Gemeinden lebt jedoch Redung zu legen. Nach eingehender Erörterung wurde mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen:

Der Reichswirtschaftsrat erkennt an, daß die Grundzüge des Haushaltsgesetzes und die Struktur der Steuerbelastung gleiche Voraussetzungen für den Konkurrenzmarkt privater und kommunaler betriebener Unternehmungen zu haben, um deswegen hohe Besteuerung verhindern zu können. Durchaus jedoch kann nicht nur den sozial-wirtschaftlichen Notstand im allgemeinen zu beseitigen, sondern auch geeignet ist, wirtschaftlich wettbewerbsfähige Zusammenhüle in wirtschaftswichtigen Unternehmungen ins Auge zu fassen, zu begründen. Die soziale Bedeutung ist besonders bei der Elektroindustrie wichtig.

Bei der vorigen Sitzung hat sich nicht erkennen, daß eine neuartige Steuermauer feindlicher Betriebe dort bereitstehen ist, wo es zu einer Unternehmung kommt, die auf Wiederherstellung bestimmungskreislicher Gemeinschaften gerichtet ist und und weiter bestehen werden. Nunmehr ist über die finanzielle Lage der meisten kleinen Gemeinden im Augenblick bestellt, daß der Ausfall der durch die Struktur der Besteuerung über die Steuerbelastung entstehenden finanziellen Einnahmen vielleicht nicht ertragen könnten.

Der Reichswirtschaftsrat möchte deshalb, um eine gerechte und allgemeine Besteuerung der Staate im Sinne des Haushaltsgesetzes vorzuladen, aus den Augen geruehrt, daß die Grundlage erhält. Aber auch dann muß nicht auf die Bedeutung der Betriebe in sozialer Hinsicht die Moglichkeit erkannt werden, gemeinsame Unternehmungen im Interesse der Gemeindeangehörigen zu schaffen, die von der Privatwirtschaft wegen ihres von Gewinnabschöpfen nicht gegründet werden.

Und, wenn es sich der Reichswirtschaftsrat entschließt, der Vertrag in eine Prüfung der Frage einzuführen ob der Verfall der Betriebsaufsichtlichen Elektroindustrie wirtschaftlich möglich ist, ohne die sozialen Grundlagen der Gemeinden noch nachzuweisen. Die Bedeutung wird nicht nur daran liegen, daß die Betriebe in einem solchen Maße und zeitiglich die Wirtschaft und im Außenhandel eben nicht durch Wiederaufbau der Betriebe in sozialer Hinsicht die Moglichkeit erkannt werden, gemeinsame Unternehmungen im Interesse der Gemeindeangehörigen zu schaffen, die von der Privatwirtschaft wegen ihres von Gewinnabschöpfen nicht gegründet werden.

von Massenbedarfssorten entbehren wie z. B. die austänischen Seifen und Kosmetiken. Wir können deutsche Tuche anstelle der englischen nehmen, deutsche Güter anstelle der französischen. D. M. G. Soire, zeitliche Nachwirre anstelle der englischen, deutsche Weinkräuter anstelle der Schweizer und schweidischen, deutsche Baumwolltücher anstelle der englischen, französischen und belgischen, deutsche Kerzen- und Paraffinöle anstelle der englischen, deutsche Säfte anstelle der englischen, deutsche Süßwaren, Süßigkeiten und Seidenstoffe anstelle der ausländischen, deutsche kleine Lebensmittel anstelle der ausländischen, deutsche Schokolade anstelle der Schweizer, französischen und amerikanischen, deutsch Bier anstelle der italienischen und französischen, deutsche Gemüse anstelle der italienischen, französischen und holländischen Erzeugnisse, deutsches Bier anstelle des Pilsener und anderes mehr.

In dieses Entwegen gegenüber den ausländischen Gütern, Luxus- und entbehrlichen Gebrauchsartikeln ist schwer, aber ist es gar ein großes Vorhaben, das deutsche Volk bringen soll, wenn es den Plaudungen seiner wirtschaftlichen Führer folgt? Keineswegs. Unser Volk hat im Kriege für seine Ersatzgüter auf sich genommen und einen Heldenmut gezeigt, die erst eine längere Zeit richtig würdigend wird. Und nun wiederum der Krieg beendet und wir möchten um die Fortsetzung des normalen Lebens kämpfen müssen, wenn wir nicht auch der vollständigen wirtschaftlichen Verfallung anheimfallen wollen, sollten wir es nicht fertig bringen, uns durch freiwilligen Verzicht auf entbehrliche ausländische Erzeugnisse die wirtschaftlichen Stützenleisten vom Hals zu bekommen?

Früher strömten durch das sogenannte "Roth im Weizen" Milliarden über Milliarden an Kaufmänner und unzähligen Waren in uns herein. Vorübergehend gelang es der Reichsregierung 1918/19 zu halten. Heute ist dieses Roth durch die Maßnahmen der französischen Regierung wieder aufgerissen. Es treiben einem für Millionen entbehrliche Waren aus dem Auslande in das deutsche Wirtschaftsgebiet. Die Regierung ist durch den Vertrag von Versailles politisch und militärisch an Fabriken und Gütern gebunden. Gelehrte Wissenschaften gegen die Art von ausländischen Erzeugnissen, die wir nicht brauchen, würden sofort Gegenzmaßnahmen hervorrufen.

Da kommt, wenn du auf diese Waren verzichst, damit kein Opfer, das wird gar nicht einmal von Dir verlangt. Aber z.B. Die selbst andere werden sich von der drohenden wirtschaftlichen Verstümmung nicht retten. Jene Deutsche aber, treiben ein ununterbrochenes Spiel mit den Gesamtinteressen z.B. Vorfest und Kriegsvertrag, wenn sie entbehrliche ausländische Waren in fabrikäler oder gar herzlicher Weise kaufen.

Die steigende Teuerung.

Um voriger Nummer haben wir die vom Staatslichen Reichsrat erarbeiteten Rückzahlen der Teuerung vom Monat September veröffentlicht. Zur Ergänzung der dort gemachten Angaben geben wir nachstehend dieselben von R. Galster auf C. und der Berichte von rund 200 Plätzen berechnete Rückzahlen, die den Nahrungsmittelauflauf einer vierköpfigen Familie, Eltern und zwei Kindern pro Woche in Mark ergibt. Nach diesen "Monatlichen Überblicken" betragen die Kosten des Nahrungsmittelauflaufes je Woche in Mark

April 851,27	Juli 850,61
Mai 853,14	August 859,92
Juni 861,56	September 890,59

Im Vergleich zum September 1920 ergibt sich eine Steigerung der Kosten des Nahrungsmittelauflandes um 12,64 % pro Woche. Für Sept. 1919 berechnete sich die Indexzahl auf 95,67. Im Vergleich zur Kriegszeit (September 1918 = 25,78 %) haben sich die Kosten des Nahrungsmittelauflandes etwa auf das Dreifache erhöht.

Oberschlesien. Der Völkerbund hat nunmehr eine Entscheidung über Oberschlesien gefällt, für die die Ententemächte allein nicht die Verantwortung vor der Welt und der Geschichte übernehmen wollten. Frankreich wollte eine weitere Schwächung Deutschlands um jeden Preis und ganz offensichtlich hat der Völkerbund, als gretuer Vorsatz, sich diesem Willen gebeugt und versucht, da die Trennung ganz Oberschlesiens nicht durchzuführen war, zu trennen, was hundertjährige Kultursel, wirtschaftliche und politische Entwicklung geprägt hat. Uraltes deutsches Land soll nach dem Willen des Feindes geteilt werden. Blühende Landstriche mit einer hochentwickelten Kohlen- und Eisenindustrie fallen den Polen anheim. Ohne Bedenken hat man sich über das Ergebnis der Abstimmung hinweggesetzt. Die beiden Städte Katowitz und Königsblut, die sich bei der Abstimmung mit mehr als 70 Proz. für Deutschland entschieden, sollen trotzdem polnisch werden. Wie sich die Teilung Oberschlesiens in wirtschaftlicher Beziehung auswirkt, ergibt folgende Aufstellung. Von insgesamt 81 Steinbrüchen erhalten die Deutschen 11, die Polen dagegen 50; von 39 Walzwerken und Eisenbahnen die Deutschen 11, die Polen 25; von 16 Zink- und Bleizwischenwerken die Deutschen 7, die Polen dagegen 12. Letztere hat sich die heutige Reichsregierung diesem unerhörten Machtworten fügen müssen. Es bleibt uns im Augeblick nichts anderes übrig, als darauf zu hoffen, dass das Recht doch einmal noch zur Geltung kommt. Durch die Gebietsabtrennung werden viele deutsche Familien in harte wirtschaftliche Not geraten. Vieles wird das freudevolle Roth unerträglich sein, sie werden das Fleisch haben, auszuwandern. Im Interesse der Aufrechterhaltung deutscher Art und Sitten im überlängen Gebiet ist nur zu wünschen, daß möglichst viele Deutsche ihrer heimatlichen Scholle treu bleibens. Denn voraussichtlich wird diese Entscheidung kein Menschenalter überdauern und, weil der Name und der Gerechtigkeit widersprechen, sich selbst aufheben.

Nach bestreben von der Entscheidung werden auch die Mitglieder unseres Verbandes, wie der Gemeinschaften in den an Polen kommenden Gebieten überdrapp, den zu unter der polnischen Wirtschaft recht schwere Zeiten befürchten. Nur das Überleben, in den deutschen Gewerkschaften kann ihnen das harte Los erträglicher gestalten helfen.

Arbeiterbewegung.

Teuerung und Gewerkschaften.

Herr Lammelde, ehemaliger Gewerkschafter, haben in letzter Zeit eine der Geldentwertung angepaßte Reform ihrer Beiträge durchgeführt, oder sind in der Durchführung begriffen. Wie in den wenigsten Fällen konnte ein Tarifabschluß durch einen Verbandsabzug leicht werden. Wo im Laufe dieses Sommers ein Verband aus 10000 Kunden hatte, waren die dort sitzenen Betriebe im wesentlichen gleich überbot. Durchweg ist es die Bestrebungen der Leiter der Privatwirtschaft, von Stundenlohn auf ordentlichen Wocheneintritt zu ziehen. Zum großen Teil ist dieser Anfangsbeiträge von 8 bis 10 % hat keine Zukunft

mehr. Diese dadurch bezogene Erfahrung zeigt den christlichen Gewerkschaften ein gutes Zeugnis aus. Allerdings gibt es auch Schwierigkeiten bei der Einführung. Schwierigkeiten haben da, um überwunden zu werden.

In einem kleinen Flugblatt des Gewerkschaftsverbandes, in dem den Mitgliedern die Wendigkeit der Erhöhung der Beiträge bis 10 % nachgewiesen wird, heißt es unter anderem recht zutreffend:

"Was ist denen zu sagen, welche den hohen Betragsanteil sparen wollen? 1. Das sie sich jedoch ihre Familie und ihre Mitarbeiter schädigen, will sie durch ihre Gleichgültigkeit die Position der organisierten Arbeitnehmer stärken. 2. Das sie es sind, welche den g. wirtschaftlich geschulten Arbeitern in ihrem Aufstieg im W. geistigen und somit das Gleichgewicht an der Arbeiterbewegung bilden. 3. Das sie es sind, welche dazu beitragen, wenn die Arbeiterschaft die Kosten eines besetzten Krieges allein zu tragen befürchtet und unter die Grenze des Kulturlebens degenerieren mag."

Ganz bestimmt wird letzteres eintreten, wenn die Arbeiterschaft durch Fusion ihrer gewerkschaftlichen Organisationen dem nicht begegnen ein Siege vorliebt.

Die Gemeinschaften der Welt.

Die Augustnummer der Internationalen Arbeiterzeitung, der Monatsschrift des Internationalen Arbeitsamts, enthält bemerkenswerte Zahlen, die die gewaltige Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen seit 1913 anzeigen. Die Statistik ist durchaus vollständig und verlässlich. Jedoch ist darauf hinzuweisen, daß die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben von Land zu Land verschieden ist, weshalb in etlichen Fällen Schwierigkeiten der Mitgliedszahlen der Gewerkschaften genügen müssen. Alle benannten Schwierigkeiten sind in der folgenden Tabelle besonders bezeichnet, welche die gesamte Mitgliederzahl der Gewerkschaften in 80 Ländern für die Jahre 1913, 1919 und 1920 angibt.

	1913	1919	1920
Amenanien	— (1)	4.600	75.000
Australien	496.000	628.000	681.000
Belgien	290.000	715.000	920.000
Bulgarien	30.019	36.000	35.000
Dänemark	152.000	360.000	400.000
Deutschland	4.513.000	11.900.000	13.000.000
Finland	25.000	41.000	50.000
Frankreich	1.027.000	2.500.000	2.500.000
Griechenland	— (1)	170.000	170.000
Indien	—	500.000	500.000
Italien	972.000	1.500.000	3.100.000
Japan	—	241.000	241.000
Kanada	176.000	376.000	374.000
Niederlande	182.000	451.000	682.000
Neuseeland	72.000	63.000	83.000
Norwegen	64.000	141.000	142.000
Österreich	260.000	303.000	330.000
Polen	— (1)	850.000	947.000
Portugal	— (1)	100.000	100.000
Rumänien alt.Geb. 10.000	—	75.000	90.000
Rußland	—	8.619.000	5.220.000
Serbien	9.000	20.000	20.000
Südafrika	5.000	60.000	60.000
Spanien	— (1)	826.000	826.000
Schweden	326.000	378.000	463.000
Schweiz	93.000	207.000	202.000
Schottland	— (1)	1.301.000	2.399.000
Tigrisia	115.000	212.000	312.000
U. S. S. R.	4.113.000	5.021.000	5.021.000
Ungarn	—	4.000	4.000
Vordamerika	2.722.000	3.607.000	3.179.000
Wales	—	—	—
Wales	16.152.000	12.619.000	18.029.000

Es ist bemerkenswert, daß im Jahre 1919 von insgesamt 42 910 000 Mitgliedern 31 661 000, d. h. aus europäische Länder entfallen. Von den 29 900 außereuropäischen Mitgliedern traten 1000 auf Noramerika. Man kann auch eine fast ausgeprägte Häufung der Gewerkschaftsmitglieder in gewissen Ländern beobachten. Sechs Länder, nämlich Deutschland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, Rußland, Frankreich und Italien zählten im Jahre 1919 insgesamt nicht weniger als 23½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeitnehmerinnen, während es in den anderen 21 Ländern doren nur 8½ Millionen gab. Die vier großen Industrieländer, Deutschland, Großbritannien, Vereinigte Staaten und Frankreich allein zusammen 28 Millionen Mitglieder auf, die sind 66 % d. h. der im Jahre 1919 gezählten Gewerkschaftsmitglieder aller Länder der Welt.

Rundschau

Die Bildung von Eisenbahnräten

beschäftigte den Verkehrsausschuß des Reichswirtschaftsrates am 21. 9. 1921. Zur Zeit bestehen in einzelnen Eisenbahndirectionsbezirken genannte Bezirkseisenbahnräte. Dickeßen werden aber nur aus Vertretern der Eisenbahnbetriebe und der Handels-, Gewerbe-, und Handelskammern gebildet. Die Arbeitnehmer sollt in denselben nicht vertreten. Auf Grund der Reichsverfassung und der inzwischen durchgeführten Vereinfachung der Eisenbahnen muß eine andere Zusammenstellung der Bezirkseisenbahnräte erfolgen. Ebenso wird ein Reichseisenbahnrat gebildet.

Nach dem Vorschlag der Reaktion sollen 14 Bezirkseisenbahnräte gebildet werden und zwar mit dem Sitz in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Hannover, Hamburg, Köln, Genf, Leipzig, Prag, Magdeburg, München und Stuttgart. Es ist zu erwarten, daß die Zusammenziehung nach dem Vorschlage in der Weise erfolgen, daß die staatlichen wirtschaftlichen Körperschaften (Handels-, Gewerbeämtern, Handwerkskammern, Land- und Forstwirtschaftskammern) die Hälfte der Vertreter, die Länder und Arbeitnehmer ein Drittel der Vertreter anstellen werden. Die Wahl der Arbeitnehmervertreter sollte dann durch die verfehlten Vertreter bei den Landesversicherungsanstalten und den Sonderanstalten, sowie den angestellten Vertretern unter den Vertreternmännern der Angestelltenversicherung erfolgen. Den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft auf eine paritätische Zusammenstellung wäre damit in keiner Weise Rechnung getragen. Deshalb erhoben die Arbeitnehmer strenigen Widerspruch und beantragten eine paritätische Zusammensetzung, sowohl des Bezirkseisenbahnrates wie auch des Reichseisenbahnrates. Gleichfalls erhoben sie Einspruch gegen den vorgesehenen Wahlmodus. Es ist ja auch ziemlich unglaublich, wie ein solcher Vorschlag durch die Vertreter bei den Paraliden bzw. Angestelltenversicherung, die Mitglieder der Eisenbahnräte wählen zu lassen, gemacht werden könnte. Über die Anträge der Arbeitnehmer kann sich eine lange, lebhafte Debatte, die mit einem tollen Sieg der Arbeitnehmer endete. Es wurde gegenüber der Reaktionsschlußfolge mit großer Mehrheit beschlossen, daß die Abstimmung bei den Bezirkseisenbahnräten stattfinden soll.

Die paritätisch zusammehörer jedoch ein Dreiviertel der Vertreter durch die Länder ernannt zu sein. Ein Drittel von den Arbeitnehmern hat. Arbeitnehmern gewählt werden. Statt der Arbeitnehmer erhält die Wahl durch die arbeitliche Gewerkschaften (Handelskammer usw.). Letzter-

der Arbeitnehmer durch die Spitzenorganisationen der Arbeitnehmerverbände.

In ähnlicher Weise soll auch bezüglich des Reichseisenbahnrates verfahren werden. Hier werden 40 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter, von denen die Hälfte Arbeitnehmer sein müssen, von den Bezirkswirtschaftsräten und 20 Mitglieder und die gleiche Zahl von Stellvertretern vom Reichswirtschaftsrat gewählt. Von letzteren sollen je ein Vertreter, sowie Stellvertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Kreisen der Privatgesellschaften, der Pinnenschifffahrt und der Seeschiffahrt und je ein Vertreter und Stellvertreter der Beamtenchaft entstammen. Der Vorstand des Reichswirtschaftsrates sowie ein Stellvertreter werden vom Reichspräsidenten ernannt. Es ist jedenfalls erstaunlich, daß es gelungen ist, daß auch bei dieser Frage die Arbeiterschaft sich die Gleichberechtigung erkämpft hat.

Die Bedeutung der Bezirkseisenbahnräte ergibt sich aus den ihnen gestellten Aufgaben. Daraüber heißt es in § 3:

Der Bezirkseisenbahnrat hat die Aufgabe, in wichtigen, die Interessen des Bezirks oder einzelner Teile berührenden Fragen des Verkehrs oder der Tarife der Reichseisenbahnen Gutachten abzugeben. Richtigkeit ist er bei wichtigen Abänderungen der Tarife und der Nordrichten auf dem Gebiete des Absatzungs- und des Abgangsgebietes sowie der Hauptroute und über die Betriebsbedeutung neuer Eisenbahnlinien zu hören.

Aus den Ortsgruppen.

Delegationskonferenz im 1. Verbundbezirk, Köln.

Vom 30. Oktober fand in Köln eine Delegationskonferenz für die bei der Abteilungsleitung statt. Anwesend waren 70 Delegierte. Aus dem Berichte des Bezirksteileiter des VdR ist folgendes zu entnehmen:

Am Schluß des Jahres 1920 hatte der Verband im Kölner Bezirk 59 Ortsgruppen. Im Laufe des Perioden hat weitere 11 Ortsgruppen gegründet. 19 Ortsgruppen sind im 2. Quartal 1921 auf den Spurz und Zusammenschluß verzögert. Die Mitgliedszahl betrug am Schluß des Jahres 1920 8225. Neuangeschworene sind 977, übergetreten aus geistlichen Organisationen 616, ausgetreten bzw. ausgeschieden 251, abgerückt hauptsächlich wegen Arbeitsaufbrüfung, insbesondere der Kreiswirtschaftlichen Betriebe, geschorfen sind 26 Mitglieder. Der Mitgliederzuwachs für das 1. und 2. Quartal beträgt somit 136. Aufsichtsleiter wurden 490 Mitglieder an den Spurz und Zusammenschluß delegiert. Somit beträgt die eigentliche Mitgliedszahl am Schluß des 2. Quartals 8283.

Die Einnahmen für die Hauptklasse betrugen 506 788,41. An Kranken-, Sterbes-, Streit- und sonstigen Unterstützungen wurden 29 172,69. Aus dem Jahr 1920 wurden 417 615,73. An die Hauptkasse abgeführt. Das Vermögen der Kollektiven beträgt im Bezirk 81 701,29.

Der Verband hat im Laufe des Berichtszeit 24 Friedliche und 4 Gewaltbewegungen geführt, davon 5 alliiert und 19 mit ordneten Truppen zusammen. In Verteilungsungen reichte der Verband im Kölner Bezirk für seine Mitglieder 431 997,50. pro Tag. Umgestoßene auf den 3. 12. 1921 durch einen unbekannten Mann auf den Platz vor dem Rathaus in der Hauptstadt wurden fast auf die ganze Höhe des 10. Stockwerks, die zu 100 400 Meter und hoch und das Sperrtor auf der 1. Etage pro Stock umgestoßene. Der Verband ist hier von einer Freiheits-, Friedens-, Erziehungs-, Pro-

vinzialbetrieben usw. an Tagesschlägen beteiligt, wo sie abgeschlossen sind.

Nach dem Vortrage des Bezirksteileiter des VdR wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Delegierten von ang. führt 9 000 heimlich organisierten Arbeitnehmern öffentlicher Betriebe der besetzten Rheinprovinz beturteilten mit aller Schärfe die Präzessionsfreiheit vor allen Dingen auf dem Lebensmittelmarkt, insbesondere bei den Kartoffeln und der Milch. Durch das gemeinschaftliche Handeln rücksichtloses Kaufleute und auch Erzeuger, die nur noch dem verderblichen Mammon dienen, ist die Ernährung der arbeitenden Bevölkerung erheblich gefährdet. Die Versammelten erwarteten von ihren Abgeordneten, den Verhandlungen, rücksichtloses und energisches Eingreifen.

Analogisch des dadurch geschaffenen großen Notfalls der Arbeitnehmer ist erwartet die Versammelten von den Verhandlungen, daß man für diese schwierige Lage, ganz besonders bei den allgemeinlich schwierenden und noch somit vielen Lohnverhandlungen weitgehendes Verständnis und Entgegenkommen geigt.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Neuregelung des Vertrages und Unternehmensplan wurde eingehend diskutiert. Einstimmig wurden die Vorschläge des Generalvorstandes angenommen.

Ein weiterer Ratschluß lautet, daß vom 1. Januar zum mindesten alle Parteien die nämlichen Beiträge wie in den gegenwärtigen Organisationen zu leisten sind.

Bayerische Landesdelegation.

Vom 23. Oktober fand in der Brauerei "Zillbach" in Regensburg eine Konferenz sämtlicher Delegationsbahnen rechts des Altmühl statt. Die Zahl war im Rahmen des Verbandsvorstandes des von Bezirksteileiter Weißler, Mühlau und Wittenau Bamberg eingeschätzt. Die Teilnahme lagt: 1. Verteilungskontrolle der Bezirksteileiter H. Weißler und Wittenau über Mitglieder- und Kolabewegungen im 1. Halbjahr 1921. 2. Stellungnahme zu den Strafmaßnahmen für das Beitrags- und Unternehmensziel im Verband. Aufforderung des Bezirksteileiter Weißler, 3. Vortrag des Generalvorstandes Peter Leibnitz über den Stand des Verbandes und unsere künftigen Aufgaben.

Hat die Verhandlungsführung wurden Kollege Weißler (Nürnberg) als 1. Vize (Regensburg) als 2. Vorsitzender, Vater (München) als Protokollführer und Müller (Wernsdorf) u. Lepp (Schwabing) als Beisitzer gewählt. Von 42 Delegierten Bayerns waren 42 Delegierte anwesend. Kleinere Gruppenverträge hatten ihre Bezirksteileiter mit der Vertretung beauftragt. Aus den Berichten der beiden Bezirksteileiter ist zu entnehmen, daß im 1. Halbjahr der Verband in Bayern unter den Gemeinden, Staatsarbeiter-, Kranen- und Handarbeiter eine befriedigende Entwicklung genommen hat. Die Zahl der Ortsgruppen vermehrte sich im Berichtszeit um 7 und eine Anzahl Ortsgruppen haben eine wesentliche Stärkung, besonders durch Nebettritte aus dem sozialdemokratischen Verbande, erfahren. Die Delegaten auf dem Gebiete der Spurz haben von vor durch die fortwährende Erweiterung der Leitungsbefähigung eine sehr umfangreiche. Der Verband ist in Baden an dem Reichsamt für Staatsarbeiter, dem Landesamt für bauwesen, dem Landesamt für dem norddeutschen Städteverband und an 26 weiteren Landesvertretern für Gemeindearbeiter und Straßenbahner, Staaten- und Pflegepersonal sowie sonstige Bediensteten beteiligt.

Bei den durchgeföhrten Sohnbewegungen wurde ein wochentliches Wehr in Form eines dem Verbande angehörsigen Mitglieder von rund 17.000 € erzielt. Abgesehen davon wurden im 1. Halbjahr die bestehenden Kinderzulagen um 10 — 20 € pro Kind erhöht. In einigen Fällen wurden neben Sohnabnahmen noch einmalige Verhandlungsbereitschaften für die Mitglieder erreicht.

Dieses Ergebnis muß zusammenfassend als ein günstiges beurteilt werden. Wenn auch die Mitgliederverhältnisse sich günstig entwickelten, so ist doch zu befürchten, daß Zulande von sozialistisch geprägten Staats- und Gemeindearbeitern bis heute noch in den sozialistischen Verbänden befinden. Leute, denen die Bedeutung der Gewerkschaften für die Weltanschauung fehlt, oder die aus Menschenzweck zu lege sind, ihre Meinung offen zu zeigen. In dieser Richtung hat es noch eine große Ausbildungarbeit notwendig, die nicht allein durch Abhalten von Versammlungen, sondern durch mundliche Aufklärung und Propaganda erfolgen müsse. Vorsitzender Weigert betonte insbesondere, daß dem ehemaligen Städtearbeiterverband sowie dem Verband des Bergarbeiterverbandes nach dem im Bereich des Gesamtverbands angegebenen Rhythmus eine Möglichkeit einer Weiterentwicklung eröffnet werden müsse. Bei den deutlichen organisatorischen Verbesserungen und Durchführung des Zufließens könne von einer Interessenvertretung der Mitglieder in einem Verbande nicht gesprochen werden, der in Deutschland nur einige Tausend Mitglieder und über ein paar Beamte verfügt. Aufgabe jedes Verbandes sei es vielmehr, Kämpfen technisch und organisatorisch zu erweitern, daß es in Parallel mit dem sozialdemokratischen Verbande der Gemeinde- und Bürgerschaften neue und auf die Entwicklung der Gemeindearbeit, des Krankenbaus und Sozialfürsorge mit Energie annehmen könne.

Die Berichte der beiden Vorsitzenden wurden mit Beifall und Beifriedung entgegengenommen. Zum 2. Punkt der Tagetordnung führte Vorsitzender Weigert München aus, daß aufgrund dieser in Süden eine Verstärkungskonferenz im Bereich Nordwesten abzuhalten sei, da sie sich mit der Entwicklung u. den auftretenden Maßnahmen des Verbands a. befaßt habe. Nach dem Bericht des Vorsitzenden des Hauptvorstandes hat der Verband in allen Bezirken eine leise Vorwärtsentwicklung und innere Reihung zu verzeichnen. Das aber selbst hat vor jetzt in Betracht gekommen ist, sei diese Tatsache, daß auch die Organisationen der Gemeinde- und Städtearbeiter nicht einzustellen müssen als Komitororganisationen, um im unvermeidlichen Hülle die Interessen der Mitglieder bis zum äußersten vertreten und eventuell einzukämpfen zu können. Schon in diesem Jahre habe der Verband Lohn- und Abrechensämpfe zu bestehen gehabt, wo in einem Falle pro Woche mehr als 10.000 — € an Streitunterstützung aufzuwenden waren. Es ist weniger zu befürchten, daß Lohnkämpfe zum Auftakt gefordert werden müssen wegen Forderungen, die auf Steigerung der Lohns oder Leistungszulagen mit Rücksicht auf die fortwährende Preissteigerung notwendig werden, wie einen Rohstoffbau abzuwenden.

Im folge erschöpfter Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht allein die Säfte der Organisationen nach deren Mitgliedsverhältnissen, als vielleicht noch deren Geschäftsführer mit ein gespielt. Eine ganz ähnliche Sache ist natürlich das Auftreten mit dem die Organisationen einen Eigentum an im gemeinschaftlichen Kampf wichtig eingegangenen führen. Die im Jahre 1921

angeforderten Beiträge wurden, neben verschiedenen Gegenleistungen, durch die Mitglieder mit wenigen Ausnahmen restlos eingeführt. Bei den heutigen Leistungserhöhungen sind die bisherigen Beiträge nicht mehr ausreichend, um neben den laufenden Aufwendungen auch noch den für den Verband notwendigen Kampfondo zu schaffen. Aus diesem Grunde war man sich auf der Rückauer Konferenz einig, daß für die Folge um eine weitere Leistungserhöhung nicht herumzukommen ist, und daß deshalb die den Delegierten unterbreiteten Vorschläge zur Beitragssatzung und Beitragsentlastung vorgelegt würden. Der Verbandsvorstand ist sich bewußt, daß die Beitragsregelung in unserem Verband immerhin Schritt halten müsse mit den sozialdemokratischen Verbänden, mit denen wir in Konkurrenz stehen, wenn auch die unseres Verbandes an seiner Stelle maßgebend ist, daß es als selbständige Organisation seine Beiträge nach den Verhältnissen des Verbandes und nach Auffassung seiner Verbandsinstanzen einzustellen hat.

Nachdem bei der im vergangenen Jahre erfolgten Leistungserhölung aus einer Erhöhung des Streitunterstützungspflichten wurde, haben nach der Vorlage bei der nächsten Leistungserhölung auch die Sätze der Gemeindearbeiterunterstützungen, des Oberbeamten und der Beamtenunterstützungen bis zu 10 € pro Woche erhöht werden. Letztere ist, daß die übrigen Verbände heute schon Beiträge in der Höhe eines halben Stundenlohnnes und sogar bis zu 10 — 20 pro Woche erheben, eine Leistung wie sie noch nicht im entferntesten nach der Vorlage unseres Verbandsvorstandes gefordert würde. Der Referent appelliert an den Vorschlag der Delegierten, die Rats bei dieser Frage nicht von dem Selbstbestimmungsrecht lassen lassen dürfen. Sonstige als die Beitragsentlastung von dem Selbstbestimmungsrecht aus schließen lassen, daß dem Verband unter allen Umständen das prägen werden müsse und zu einer inneren Reihung und Weiterentwicklung im Interesse der Vertretung seiner Mitglieder notwendig ist. An der beschließenden Konflikte beteiligten sich die Kollegen Vorsitzender Bamberg, Altmühl-München, Unter-Nürnberg, Auf-Gießhütt, Bild-Würzburg, Kaufbeuren, Wohl-Zollern, Landkreis Döbeln-Köthen, Süßer-Merseburg, Schilling-Vorlauburg und Schönberg-Umberg.

Sämtliche Redner brachten zum Teil aktuelle Anliegen vor und nahmen Stellung zu der Frage der Beitragsentlastung. Grundsätzlich war keine Gegnerlichkeit vorhanden. Eine Hauptfrage verbliebener Delegierten lag dar, daß die Beiträge in Einklang mit jenen der sozialdemokratischen Verbände gebracht werden sollen. Albrecht-München vertrat die Auffassung, daß die Votumzulage höher, wie vorzuschlagen bewilligt werden müßten. Vorsitzender Weigert trat nochmal für den Einschlag des Verbandsvorstandes ein, worauf die Abstimmung erlaubte, die das Votum erprobte, daß die Vorlage des Verbandsvorstandes mit überwältigend Mehrheit angenommen wurde. Fünf Delegierte schieden dagegen, drei enthielten sich der Abstimmung. Eine weitere Entscheidung wurde angenommen, wonach die Konflikterlösung den bayerischen Gewerken auferichtet, die notwendigen Sätze zu erarbeiten, die getrennt sind für den bayerischen Abschluß eines Bandes sowie für die Gemeindearbeiter.

Derzeit breite Rollen Debenbach weinen vorgerichtet, daß das Schätzwerk und das Recht auf den in den Fällen bestimmt zulässigen Lohn. Debenbach betonte, daß die Abstimmung vereinfacht, daß nun alle Delegierten im Sinne des Mehrheitsabstimmens für die Durchsetzung der neuen Verbandsbestimmungen im gemeinschaftlichen Kampf wichtig eingegangen seien. Die obigen Redner

hatten entschieden, hätten die Verbandsdeomiten die Angelegenheit aufläsend den Mitgliedern vorzutragen. Der Verbandsvorstand ist der Aufführung, daß die Durchführung der Beitragsentlastung in lokaler Weise vorzunehmen werden soll, und daß keineswegs gegenüber den Mitgliedern auf diesem Grunde distanziell verfahren werden dürfe. Nur die Mitglieder müssen durchdrungen sein von der hohen Bedeutung der Gewerkschaften und die unerheblich ist, daß die Organisation nicht jedem soviel wert bin, daß es wegen der Beitragsentlastung keinesfalls die Mitgliedschaft zu unserem Verband verlieren wird. Es braucht keine Art der Wiederholung, daß die Debatte sich auf einer höheren Ebene bewege, die einen lokalen Willen und einen Willen nicht erkennen ließe. Nach einem von ihm ausgetragenen Beschlusses, doch auf den Verband, in daß die Delegierten lebhaft einstimmen, und die bayerische Bandekonferenz einen entsprechenden Abschluß.

Nachherüber lassen wir die beiden auf der Konferenz angenommenen Entschließungen im Block laute folgen:

I.

Die beriommetten Vertreter von 17 Gewerkschaften Delegationen des Zentralverbandes der Gewerkschaften arbeiter und Gewerbebeamter Deutschlands nehmen Kenntnis von den Verhältnissen der beiden Delegierten Vorsitzender Würzburg u. Altmühl-Altmühl. Sie begrüßen die leise Entwicklung des Verbands nach außen und besten arlunden Entwicklungswillen nach innen. Erkläre

Die Delegierten fordern den Verbandsvorstand auf, alle Maßnahmen zu treffen, die ordnet und den Verband so auszubauen, daß der Zentralverband die Vertretung der Gewerkschafter, der Arbeiter und Gewerbebeamter Deutschlands durch herausgehobene Verantwortung zu fördern getragen wird.

Die Delegierten betonen die bayerischen Organisationen und Verbänden, welche sich einschließen mit den Delegierenden zur Verteilung der Beitrags- und Unterstützungsabgaben und verpflichten sie für die Durchführung der erörterten Verteilung bei ihren Gewerkschaften einzustehen.

II.

Die am 23. Oktober in der Brauerei Würzburg dort in Würzburgs regende Konferenz der Zentralverbandes der Gewerkschafter und Gewerbebeamter Deutschlands, welche in den südlichen Städten des Reiches, die keine einzige kleinen Wirkung bei den bayerischen Städten zu haben zu wenden, daß die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft bayerischer Städte baldig und mit Rücksicht in die Wege geleitet wird.

Die anstrengende Zeitreise Gewerkschafter auf den bayerischen Städten, nämlich Kreise der reichsdeutschland, Bayern und der Württemberg, die wie in anderen Städten des Reiches es möglich sein müsse, einen zentralen Kreisvertrag für ganz Bayern im Abschluß zu bringen. Damit wäre eine ganze Reihe von Wirkungen, die auf besonders im südlichen Bayern durch den Abschluß derartiger Pariserreden zu dem beläuft. Wahrscheinlich nicht nur im Interesse der Organisationen und der Arbeitnehmer, sondern auch der Städte, für die nach drücklicher Zusicherung abgeschlossen sind, gelegen wäre.

Wollheim am 27. Okt. fand für unsre Gruppe eine Versammlung statt, in der Vorsitzender Weigert (München) über die abgewandelten sozialdemokratischen Richtlinien einen Vortrag hielt. Der Vortrag war bei eingeschlossenen sehr gut aufgenommen und wurde von sehr hoch holt, daß er die Städte beruhigt, daß die Einigung der Gewerkschaften wohl in ausdrücklich keine Pariserreden mehr zu erwarten, und der der andere erhofft über die Abmachungen bestens.

Wollheim aber einige Arbeitgeber mit langen Dienst und einem Gehalt, der bis zu 80 Jahren vorbereitet sind, die auch nach dem Abschluß einer der Gewerkschaften noch nicht mehr zu erwarten werden können, so wie jetzt in dem Verbandes als Arbeit unterzogen werden

zur kleinen Arbeiterschaften zugehörig gewordene Gewerkschaften erneut werden. In diesem Stande wurde Abschaffung und eine Wissende an den Stabsrat gemeldet. Ein Teil der höherrangigen Arbeiter, die als Vorstandssarbeiter eingestellt sind, aber bereits 1½ Jahre beschäftigt sind und noch nicht dem Tarifvertrag unterstellt. Denfelden wird jetzt der Lohn der industriellen Arbeiter, aber die bei gewissen festen Vergütungen nicht genügt. Trotz Tatsand ist andeutbar, wenn noch dem Tarifvertrag nach jüngsten Verhandlungen nicht der Lohn des habilitierten Arbeiter, sondern jener des Handelsarbeiter nach dem Ortstafel von Berlin, der zur Zeit 6,10 M pro Stunde bestellt werden.

Der Stadtrat hat auf Grund des Vorschlags der kleinen Tarifvorlagen von 8. A. pro Tag für die Fabrikarbeiter und Handwerker des Industriebauerns und für die Arbeiter solche von 4,00 M gewährt. In der Versammlung konnten die Kollegen mit Recht das hier vorwiegend es sich um Tarifunakademien handelt, die unerlaubten Arbeiter, die obwohl die wirtschaftliche Schwäche sind, bei der Auskunfts der Tarifvertragslagen beteiligt werden sollen.

Kolleg Weixler erinnerte daran, daß in allen Angelegenheiten, die sich besonders auf die Wohnsiedlungen beziehen, die Kollegen rechtzeitig an die Beauftragten zu wenden haben, damit von dieser aus beratige Anregungen erhalten werden können. Auf Grund der jetzt bewilligten ohne vorher der Verbandsbeitrags auf 3. A. erhöhte eine Verhöhung des Kollektivs und Einsichtnahme in die Vermögens durch Beauftragter Bevölkerung die sie in Erkenntnis stellen, es in der Versammlung dem Ballotierter Platz seine Zustimmung aufzusuchen.

Die Versammlung wolle einen neuen Vertrag im Land durch die Schlußlinie des höheren Marktes, der die Kollegen aufzuerheben dem Verband annehmen bis Wiederholung zu schließen ihren Abblauf.

Düsseldorf. Am unserm Berichte in Nr. 19 über die Auflösung des Betriebsbundes schaut und Gott Maria folgende Fortschaltung. Auf Grund des 17. des Geschäftsjahrs wurde im Sitz am 1. November der sozialistische Betriebsrat an die Kollegen der preußischen Bergbauabteilung übertragen. In der Nr. 19 von "Der Straßen- und Kleinbahner" vom 17. Sept. 1921 sind die im neuen Betriebsausschusses aufzunehmen. Auf der Ausschusssitzung des Betriebsausschusses der Bergbau- und Eisenbahnarbeiterbundes habe sich unter anderem festgestellt, die Organisationsstruktur des Betriebsbundes eine Übersicht gegeben.

Die Kollegen lehnen doch 14 eine solche Betriebsausstellung bis morgen ab. Sie richten nun und unter Gewährleistung mir, daß die Reaktionen doch in dem von uns vorgesehene von Samme gestellt werden. Wir haben die Betriebsausstellung des Oberz. Reichsamt zu deshalb aufzunehmen, weil nach dem Berichtsgegegnenungen gebraucht werden müssen, auch wenn sie nicht der Wahlzeit entsprechen, oder sonst den gesetzlichen Voraussetzungen in der Form widrigen.

Augsburg. Am 29. Okt. fand eine von unserem Verband eingerufene aus heimische außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Von welcher es sich kaum zumindest darum den vorhandenen Befehl der Zusammenkunft zu erledigen, der sich mit der Ausübung der Funktion des Vorsteck bezieht. Besetzt hier keiner Mündigkeit zunächst aus, daß sich die Tarifvertragslizenzen kontinuierlich entweder aus dem Verband eine Bewegung der anderen hervorholen sollte.

Es kann auch noch nicht übersehen werden kann, welche Anerkennungen offiziell Tarifvertragslagen gereicht werden sollen, so liegt doch ein dringendes Bedürfnis vor, dem Stadtrat Wohlhaben vorzutragen, die geeignete erweisen, die doch nicht nur die Stör im bewohnden Blatt zu können. Wie sie laufende Tarifvertragslagen ist ausnahmslos die Errichtung einer allgemeinen Geschäftsverwaltung notwendig. Wenn die Arbeitskollegen nicht in der Lage sind, um einen Vertrag zu Neugestalten, wie die Industrie, Städte, Land und Zentralrat in der Sitzung den Vorschlag erlässt, so ist es nicht möglich, daß sie in der Sitzung weiterhin in dem Tarifvertrag der Staats- und Werksarbeiter antreten, um soviel zu verhindern, was in dem Tarifvertrag der Städte und Landen nicht der Arbeiterschaften

wirkt. Verschaffung erfordert. Im besonderen bei der Gründung des in Wohlhaben vorstehenden bayerischen Betriebsrates, wonach derzeite mit Gewerkschaften zusammenhängende Arbeiterverbund zu gründen und einen nach den Grundsätzen abgeschlossene Tarifvertrag auf der Grundlage des Deutschen Arbeitgebervertrages zum Abschluß zu bringen. Besondere Kosten würden verfügt über das geringe Ausmaß der Leistungsaufgaben für die in den bayerischen Unterkünften beschäftigten Beamten. Die Leistungsaufgaben von 4 bis 15 M pro Monat entsprechen nicht im einzelnen der tatsächlichen Leistung und es müsse für die seitens der Organisation beim Stadtrat etwas mehr herauszuschlagen versucht werden.

In der Debatte kam seltsam einer Kollegen die Auflösung zum Ausdruck, der Verband alle bayerischen Betriebsverbünden mit angrenzenden Verbänden gemeinsam zusammenzutragen und vorzugeben. Seitens des Bevölkeren wurde erklärt, daß unter Verband zwischen Wohlhaben keinesfalls absehbar sei, oder es müsse in Wohlhaben ebenso auf der anderen Seite ebenfalls der ebendiese Wille für ein aufrechtes Zusammengehen in wirtschaftlichen Fragen vorhauen sein. Solange aber gewisse Unternehmer aus bestrebt sind, die Bahnbewegung in unierten Verband einzutreten oder zu verjüngten bestreben aus organisatorischen Gründen über den Wohlstand zu verbreiten, muß und dieses können sollen.

Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, die Kollektiv zu handeln, mit einem kleinen Zusatz, vor so lichen dann die Befürworter bestrebt Leistungsaufgaben eingetragen werden sollen. Ein Betriebsabteilung wird gefordert für Arbeiter über 21 Jahre 1200 M. Arbeitnehmer und ledige Arbeiter mit 4, für die Arbeitnehmer unter 21 Jahren für jedes Jahrzehnt der weniger 100 M mehrjährig, nur die männlichen Zusammensetzung 600 M und für die weiblichen 400 M. Diese Bedingungen wurden dem Stadtrat von ziemlich überzeugt.

Die ab 1. Okt. durchgeföhrte Abstimmung der Verbandsmitglieder von 3. A. auf 3. A. die Wohlhaben mit ohne bewilligte Umfrage, was Vorsteck weiter vorbereitet veranlaßt, der Kollegentag die Zustimmung für die Durchführung der beschriebenen Verbandsausbildung auszutreuen.

Arbeiter wurde Entlastung gewünscht zur Wohlhaben, der Wohlhaben ist der Vertrag der Wohlhaben ausdrücklich der vorhandenen Kreis. Die Wohlhaben werden die kleinen Siedlungen und Stadt ausserdem nach Erfüllung ihrer örtlichen Anforderungen nach der Wohlhaben führen.

Köln. Bei der anhängig stehenden Versammlungskonferenzwoche haben die christlichen Gemeinschaften einen annehmbaren Anteil aufzuweisen. Die Wahlversammlung betrifft in Köln-Ges. müssen zu Gemeinschaften zusammengetragen. Davon entstehen auf die Linie I (Christl. Gemeinschaften) 2728, auf die Linie II (Gesellschaftliche Gemeinschaften) 5850 Stimmen. 172 Stimmen waren ungültig. Am Ausdruck erhalten wie 13, die Genossen 21. Sitz, während im Vorstand das Verhältnis 8 zu 5 wird. Ein bestätiger Ausdruck ist aber nur bestreitig möglich gewesen, weil in Köln die Arbeitskollegen als Mitglieder der Stadt-Vorsteck konfektionelle verhüten werden. Daß die christliche Arbeitersbewegung gegenwärtig nur etwa 5 Prozent der Arbeitskollegen und die Genossen etwa 9 Prozent seien, ist gewiß ein gutes Zeugnis für die Einfachheit und Tüchtigkeit unserer Kollegen. Obgleich die Arbeitskollegen eine ganz besonders schwere Belastung für die Rasse sind, können wir ihnen gewiß gerne den Segen der Krankenversicherung auch in arbeitslosen Tagen. Ob aber diese Leute ein viel größeres Interesse an der Betriebsausstellung haben, der sie nur vorübergehend angehören, haben, wie die sozialistischen Mitglieder, dürfte doch zweifelhaft erscheinen. Wenn nun aber den Arbeitskollegen auf Betreiben eines entsprechenden Vereinigungen das Wahlrecht gegeben, den freiwilligen Mitgliedern aber vorbehalten würde, so ist dieses Vorzeichen alles andere, was nicht geeignet, das Vertrauen in der Unparteiischkeit gewisser Leute bei weiteren Kollegen zu fördern. Auch die Unfallfolgerleistung von circa 100 Tagen zeigt einen etwas kontrollierten Ausdruckswert des Vorsteck der Krankenversicherung von der Wohlhaben, was das deutet, sowohl es im Interesse dieser Bewegung sei, noch mit welcher Art von Personen wie in einer sozialistischen Gemeinschaft. Es kann es aber nicht aufstellen, in dem es nicht bei Wahl eines Vorsteck zu erledigen, das an die Bewegung sich auf dem Vermarkte befindet.

Wolfsburg (Streikbahner). Am 1. Okt. des Deutschen Verkehrsverbundes Abteilung Streikbahner und Kleinbahner, Nr. 17 vom 27. 8. 21, dat. für ein Jahrestarifvertrag aus Betrieblichen bemerkbar gemacht. Wenn die Mitgliedergruppe der freien Gewerkschaften alle zusammengezogen werden, wie es dieser Herr zu machen beliebt, so darf die angegebene 8-Millionenzeit ist aufgeweitet werden. Das nach der Revolution alles mögliche ins Lager der freien Gewerkschaften abgewichen ist, braucht uns der Einzelne nicht jetzt zu bestätigen, da es sich hier um eine längst bekannte Tatsache handelt. Wenn bei der Betriebswahl am 23. 9. 21 auf unsere Liste 78 Stimmen entfielen, bei 25 Mitgliedern, so ist jedenfalls dadurch bewiesen, daß innerhalb des Transportsarbeiterverbands sich eine erhebliche Anzahl Mitglieder befindet, die nicht darin gehören, und nur die Art der Beitragszahlung ermöglicht es ihnen, diese Abstimmungsmitsglieder noch weiter zu erhalten. Würde die Beitragszahlung wie in anderen Gewerkschaften durch Pauschalierung erfolgen, so würde auch der Deutsche Transportarbeiterverband in Welfenland ein Abhängen dieser Abstimmungsmitsglieder zu bemerken haben. Wie uns auf Anfrage mitgeteilt wurde, sind auf dem Betriebsteilungsbauhof Reddinghausen bei einer Belegschaft von 220 Mann 75 bei uns organisiert, jedoch nach Adam Kriele, vorwiegend dag die gesuchte Befreiung selbst organisiert ist nicht 220 beim Deutschen Transportarbeiterverband, sondern 120 und unsere 75 eben sind zwar von noch ein Teil beim Deutschen Transportarbeiterverband. Bei den übrigen Bahnen besteht es 120 genau. In Reddinghausen Süd und Nord der Betriebsteilung 63. Mann Personal 28 bei uns, zum die 57 beim Transportarbeiterverband kein können, vermag nur der Jahrestarifvertrag zu erzielen. Nach solder Verhältnis ist es bestrebt, die Zahl der Betriebsteilung zu erhöhen, um die Betriebszugehörigkeit weiter zu verstärken. Dies will der Transportarbeiterverband von 220 Mann 120 1917, diese haben, während wir der 120/75 zugehörige Mitglieder befinden, was vor der Einzelner nicht nur doppelt, sondern noch vierfach größer, zu einer Befreiung der Mitgliedszahlung aufzuführen mit dem Deutschen Transportarbeiterverband ist. Gleichzeitig ist es nicht nur in diesen Städten und allen Orten in gleicher Weise operiert. Um soviel standen den Kollegen der Welfenland-Betriebsgruppe Streikbahnen 1920 das 1. reichen Betriebsleiter Gruppe des Transportarbeiterverbands keine Aufzehrung mehr geben zu müssen, da sie hier bis Zeiten der Vergangenheit regelmäßig aufgestellt worden sind. Aber wie an anderen Orten so wird auch in Welfenland die Wahrheit auf klären werden und kann zu Beweisung noch durchzeigen.

Blankenfelde (Streikbahner). Hier ist vor einigen Tagen eine Bewegung zum sozialistischen Wahlrecht bekannt welche die alle Kollegen der kommunalen Streikbahnen von großer Bedeutung sein kann. Bekanntlich sind die kleinen Kollegen Beamte und unterstehen dem Reichsabteilung. Eingesetzt waren die Kollegen durch Verhandlungen im Jahre 1920 in die Bevölkerungsgruppen 3 und 4 mit der Wohlhaben, da die Kollegen, eingetragene Schäfer oder Büdner, 15 Jahre in Gruppe 3 waren und dann in Gruppe 4 aufzugehen. Nun hat im Reichsabteilung eine Bewegung ein, welche sich zum Ziel gesetzt hatte, eine hohe Einigungspolitik der Streikbahner zu erreichen. Die Bewegung, die von Blankenfelde ausgeht, wurde im Anfangs stadium von sämtlichen Organisationen vertreten. Man war sich darüber klar, daß es nicht leicht sein würde, etwas bestätigtes zu erreichen, da bekanntlich das Sprechrecht zur Reichsabteilung vorbereitet, doch bestätigte Wiederholungen vom Reichsministerium gleichzeitig werden müssen. Letzter blieb die zu Anfang bestehende Einigungspolitik nicht lange bestehen. Nachdem dann die verbleibenden Schäfer in der Auszeichnung unterschieden waren, ging am nächsten den Kollegen des Verkehrsverbundes die Geduld aus und eines guten Tages erlebten wir es, daß die Frage der Einigungspolitik wiederholt einer Verhandlung des Blankenfelde Beamtenabteilung angesetzt wurde und der Schäfer-Auszeichnung wiederholte. Die Plakate des B. A. waren aber zwischen den Sprechern eingeschlossen, da man die anderen Organisationen bei der Regelung dieser Frage nicht bestreit und batte den Schäfer-Auszeichnung anders zu ordnen. Der Spruch des Schäfer-Auszeichnung bestätigte, daß das gehabte Verhältnis sollte in Gruppe 4 eingeschlossen. Es wurde

aber dadurch verschaffen, daß es ein Erfolg ist, und so kommt es, daß die Kollegen noch heute auf die Früchte dieses Erfolges warten, da es doch vorausgesessen war, daß eine ähnliche Resolution dieser Frage niemals die Zustimmung des Reichsfinanzministeriums finden würde. Unser Verband hat immer einen anderen Standpunkt in der Frage eingenommen und behauptet, daß eine derartige Regelung, wenn für die Kollegen etwas dabei herauftreten soll, nur zentral für ganz Baden verbindlich werden kann. Da nun der Verkehrsverbund aus der Reihe gegangen war, war für uns die Situation klar und haben wir denn auch in städtischer Weise wiederholt den Herrn Vertreter des bad. Südbahnstar zu machen versucht, was die Straßenbahner wollen. Auf Drängen der Organisation fand am 14. Oktober in Karlsruhe eine Verhandlung über diese Frage statt, die aber zu seinem Abschluß gelangte, da die Städtevertreter nur die Fragen der übrigen Beamten zu erledigen bereit waren, und das Verhandlungssakral verliehen, als die Straßenbahner an die Reihe kommen sollten. Der allein zurückgebliebene Oberbürgermeister hinter vor Karlsruhe war selbstverständlich nicht in der Lage, eine bindende Auskunft zu machen und so mußte die Verhandlungskommission wieder unverrichteter Sache nach Hause pilgern. Nach einem leichten Verhalten der Südbahnvertreter geriet nicht besonders beruhigend auf die Gemüter der Kollegen wirkte. Nun und gingen die Kollegen sehr sorgfältig durch die Verhandlungskommission ein Mittelmaß zu suchen. Daraufhin fanden dann neue Verhandlungen statt, welche mit dem Ergebnis endigten, daß die Kollegen 2 Jahre in der Gruppe 3 sind und dann in Gruppe 4 aufsteigen. Nur diese Regelung heißt man die Zustimmung von Berlin zu erhalten. Die Südbahn, Einigungswuna in Gruppe 5 glaubte man nicht genehmigen zu können, weil dieselbe doch von Berlin abgelehnt wurde. Es wird nun Sache der Organisationsleitung sein, dahin zu wirken, daß man auch in Berlin in der richtigen Einschätzung des Straßenbahnerberufes gelangt.

Eines steht aber für uns fest, daß der Verkehrsverbund keinen Nutzen aus der Reihe unterslassen wäre, es besser geworden. Wir wollen heute nicht die alten Sachen noch einmal aufwühlen, aber höchstens hat der R. V. aus den Erinnerungen der letzten Zeit hörbar gezeigt, daß es in Zukunft ein anderes Verhalten an den Tag legt. Interessant ist auch die Haltung des Gemeindebeamtenverbandes, gewisse der hoch von Zeit zu Zeit das Revolutionsfeuer empfindet, den Straßenbahnen zu erschüttern, doch sie doch es nützt zu ihm gehörten. Unklar ist zusammen mit den Vertretern der anderen Organisationen für die Belange der Straßenbahner zu verwenden, daß ihr Führer es für richtig hält, eine Debatte heraufzubringen, nach welcher einzeln und allein die Gewerkschaften schuld seien, daß es dem Beamten so schlecht geht, weil die Gewerkschaft die Bedeutung des Beamtenbundes ansichtlich der Frage der Tiefenerhaltungen missachtet haben. Wenn auch die Bewegung in einem vorläufigen Abschluß gelangt ist, so kann sie doch nicht als erledigt betrachtet werden, denn wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Straßenbahner nicht richtig eingruppiert ist, wenn er nicht mindestens in Gruppe 3 ist. Allerdings muß die Bewegung auf breitere Grundlage gestellt werden. Alle Kollegen die als Beamte in kommunalen Straßenbahnen tätig sind, müssen energetisch und ohne Unterbrechung verlangen, daß die Bewertungsstufen der Straßenbahner in einem wesentlichen Sinne geregt werden. Wenn diese Frage einmal allgemein aufgerollt sind mit Nachdruck vertreten wird, so wird auch der Erfolg nicht ausbleiben, allerdings nicht in 8 oder 14 Tagen. Es wird einen schweren und harten Kampf geben, aber für uns muß das Sprichwort heißen: „Durch Kampf zum Sieg!“ „Wer aussiegt, wird besiegt.“

Hannover: (Die Lohnzulagen bei den Beamten.) Die ungünstige Steigerung der Preise veranlaßte die beteiligten Verbände bei der Stadtverwaltung um neue Tarifverhandlungen nachzufragen. Da eben anfangs das Ergebnis vor der Öffentlichkeit die Tafelzulage für Arbeitnehmer mit 1 Jahr um 10, und nur die Angestellten um 5, die Stadt erhobt wurde. Diese Regelung ist inzwischen so verstörend, daß sie im nächsten Tarifverhandlungstermin der R. V. in

irrewohlung und die Lohnfrage in den Reichs- und staatlichen Betrieben in etwa geregelt ist, sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

Hannover: (Öffentliche Versammlung des selben Straßenbahnerbundes.) Am 29. Okt. hatte der im Interesse der Unternehmer gegründete Straßenbahnerbund eine öffentliche Versammlung auf Bahnhof Rehberghausen abzuhalten. In derselben sprach der Sekretär dieser Bewegung, Henkel aus Hannover, über Zweck und Ziel des Bundes. Nach seiner Ansicht läge die Gründung nur im Interesse der Straßenbahner, man sollte nur mal die Zeitung des Bundes lesen, da werde sich mancher (?) für interessieren. Auch mache es vor den Streik gruselig, es sei viel besser, ohne Streik auszukommen (was möglich ist, kann unsere Meinung), man sei politisch neutral im Programm, heißt es jedoch am Schluß: „Die Mitglieder sollen in den politischen Parteien nach Kräften wirken“, man sieht hinter dem Acht-Stunden-Gesetz „solange er Gelenk sei“ (!!!), man habe schon diese Arbeit geleistet (?) bei den letzten Lohnverhandlungen habe man ihn seitens der Gewerkschaften abgeschlagen, er sieht mit dem Unternehmer die Füße doch unter einen Tisch. Zum Schlusse - Appell: Recht zahlreich dem Bund sei anzuschließen. In der Diskussion war es neben dem Vertreter des Transportarbeiterverbandes, welcher sich mehr mit der freien Tatigkeit des Herrn Henkel in seinem Arbeitsverhältnis beschäftigte, für unsere Kollegen Stahl eine leidliche, wenn doch bauliche Ausgabe, die leidliche Ausschlüsse des Herrn H. zu widerlegen. Er bestreit, ganz entchieden, daß die Gründung des Str.-B. ein Risiko für die Kollegen nur das Gegenteil sei der Fall. Wer nicht die sozialdemokratischen Ausschlüsse vertrete, den sei Stahl in den freien Gemeinschaften - Nur die Wahrheit des Streiks sei es keinen Endes, die den Unternehmer veranlaßt, sich auf Verhandlungen einzulassen, und nicht den von einem zu dictieren. Stahl warnte dringend, die Bewegung zu unterschätzen und hoffte u. a. das vernünftige Interesse des Großindustriellen Kommerzienrat Marti an worin dieser liegt, das so leichte Vereine das Zusage des Verteidigers der Arbeiterschrechte tragen und leicht seine Ausschlüsse. Nur die älteren Kollegen würden ihren Meister lieber. Der aktive Befehl beweise, daß Herr H. mit seinen wenigen Gefährten nur eines Glücks war, bevorzugt die unbedeckten Kollegen von dieser Zersplitterung der Arbeiterschaft nichts wissen wollen - Kollegen! Die Augen auf! Wenn auch der arme Bund das Wort Streik mit im Programm haben hat, so ist dies nur ein Ausdruck dafür, daß Wasserprobe überstrichen, welches beim leichten Regen verloren geht. Weider die nette Freude wie die Pein, daß mit ihr nicht ins leidliche Stolpern noch zurückfallt. Welches die Wölfe in Schallschläfern, das gehen meist unvermündlich für den Verband.

Düsseldorf: Auf unserem Antrag vom 23. Aug. haben die Städte-Arbeiter mit erstaunender Kraft vom 1. Sept. d. einen Stundenlohn von 4.00 % erhalten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir dem Magistrat in dem kleinen Landstädtchen Düsseldorf den Wunsch unterbreiten, in Zukunft die Geduld seines Arbeiters nicht mehr aus solch harter Probe zu stellen und etwas sanfter wie bislang die Lohnfrage zu regulieren.

Coblenz: (Gemeindearbeiter.) Rechtzügiges Leben berichtet in bisherigen Ortsgruppen. Dies bewies wiederum eine Versammlung, welche am 25. Okt. stattfand. Aus kleinen Anfängen von 10 Mitgliedern hat sich die Ortsgruppe auf ungefähr 120 Kollegen entwickelt, die meistens durch die einfache Tätigkeit einzelner Kollegen gewonnen sind. In der freudigen Versammlung erstattete der Vorsitzende, Kollege Hölscher Bericht über die stattfindende Konferenz in Bonn. Nach reicher Aussprache wurde der Vorschlag getroffen, die Verbandsleitung zu beauftragen, 3 - 4 Stundenlohnsteigerung zu fordern. In der weiteren Aussprache wurde lebhafte Diskussion geführt über die Aussicht, da der letzte Volksbrauhof Tiefbau Kosten würde zu wenig erreicht. Unter den drängen so viel, da der Vorschlag nicht erbracht werden sollte, ein Sonderamt, die Polizeiautarkie der Kollegen zu errichten und Petitionen bis in 100 - 120 Betriebe zu bringen. Diesen Herren ist das Konzept jedoch nicht überzeugend. Eine "Sicherung" kann nicht ohne Sicherung gegen die Firma, die nicht sicher ist. Sicherung gegen die Firma, die nicht sicher ist.

vereinten wurde unser Verbandsvertreter mit noch 3 Kollegen bei der Verwaltung vorstellen. Versprach, die Angelegenheit möglichst schnell zu klären.

Berndshausen

In der Woche vom 13. bis 19. November ist der 15. Wochentreffung fällig. Regelmäßige Beitragzahlung erhöht die Schlagkraft des Verbandes und sichert dem Mitgliede seine Rechte.

Abgerechnet haben folgende Ortsgruppen vom:

1. Quartal 1921: Coblenz (Aussicht), Hennef, Sieg (Gem.), Ahrweiler und Stuttgart (Gem.).

2. Quartal 1921: Rosenheim, Coblenz (Aussicht), Hördt (Gem.), Herten (Gem.) und Reimersheim.

3. Quartal 1921: Regensburg, Cleve, Traunstein, Geisenkirchen, Mülheim-Kirchen, Greifswald, Siegen (Str.), Dortmund (Str.), Lünen a. Ruhr, Göttingen, Cöln, Solingen, Recklinghausen (Gem.), Ahlen i. W., Hannover, Münster, Duisburg (Str.), Paderborn, Herne, Düsseldorf, Braunschweig, Mülheim-Kärlich, Witten, Bochum, Bielefeld (Gem.), Wuppertal, Düsseldorf, Duisburg, Marlheim-Ehren, Münzburg (Gem.), Neunkirchen (Str.), Bonn a. Rhein, Olpe, Oberhausen (Gem.), Krefeld, Wiesbaden, Koblenz, Boppard, Witten a. Ruhr, Hördt (Str.), Neheim a. d. Ruhr, Wiederau a. Ruhr, Waldbröl, Eitorf, Wallenhorst, Esch a. d. Ruhr, Münzenberg i. W., Altena, Soest, Hamm.

Der Zentralvorstand.

Kollegen!
Mehr wie je ist heute die Organisation notwendig.

Gedenktafel.



Gestorben sind die Kollegen:

Schleier Johann, Schleihheim	4. 9. 21
Ruprecht Georg.	16. 9. 21
Baier Jakob, Raibach	7. 10. 21
Frohs Hub, Raibach, Niederau	8. 10. 21
Schopfleiter Joz. Wittenheim	15. 10. 21
Heinrich Hermann, Freiburg i. Br.	16. 10. 21
Wach Joz. Görlich	21. 10. 21
Brüg Johann, München	26. 10. 21
Eckhard Joh. Peter, Köln	27. 10. 21

die Kollegin:
Weber Barbara, Köln

Ehre ihrem Andenken!